

Chinas Potenzial als Markt für US-Agrarprodukte war dem Bericht nach ein wichtiger Schlüsselfaktor für die Unterstützung der Aufnahme Chinas durch die USA. Chinas Importbarrieren wurden schrittweise abgebaut. Zwischen Januar bis September 2003 verzeichneten die US-Exporte von Sojabohnen ein Rekordvolumen von 1,2 Mrd. US\$ und bei Baumwolle von 337 Mio. US\$, sodass sich das gesamte Volumen der Agrarexporte nach China auf 2,9 Mrd. US\$ bis September 2003 belief. Dies war ein Anstieg um 102% gegenüber der Vergleichsperiode 2002. Als negativ bewertet der Bericht beispielsweise die Versuche Chinas, über Regeln zur Biotechnologie und zu Gesundheitsstandards (Sanitary and Phytosanitary = SPS) die Agrarimporte zu beschränken.

Hinsichtlich der geistigen Eigentumsrechte (IPR) merkt der Bericht die positiven Schritte zur Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Umsetzung der IPR an. Allerdings mangelte es nach wie vor an einer wirkungsvollen Durchsetzung. Verstöße gebe es vor allem in den Bereichen Film, Musik, Software-Produkte, Pharmaprodukte, Informationstechnologie und andere Patente, Kfz-Teile etc. Im Bericht wird u.a. ein schärferes rechtliches Vorgehen gegen Verstöße verlangt.

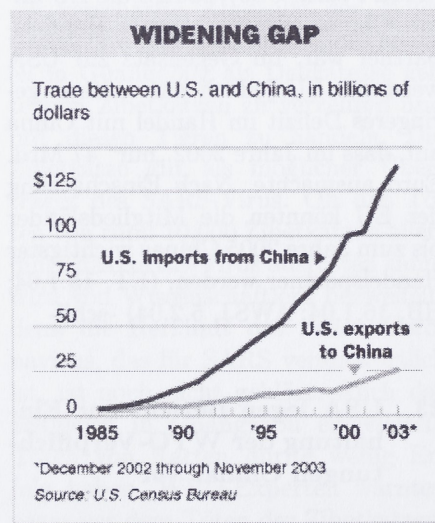
Bei den Dienstleistungen kritisiert der Bericht Transparenzprobleme und Kapitalanforderungen sowie andere Auflagen, die die internationalen Normen überschreiten. Nach bilateralen Verhandlungen habe China dem Bericht zufolge die Kapitalanforderungen im Versicherungssektor reduziert.

Der Bericht weist ebenfalls auf den Einsatz der MWST als Instrument zur Förderung der inländischen Produktion in bestimmten Industrie- und Agrarbereichen hin. Bei Halbleitern beispielsweise hätte die Rückerstattung von MWST für inländische Halbleiter-Hersteller die US-Exportunternehmen benachteiligt und wäre damit ein Verstoß gegen die WTO-Prinzipien.

Ein Schlüssel für die WTO-Aufnahme war dem Bericht zufolge die Einräumung unbeschränkter Rechte für chinesische und ausländische Unternehmen gewesen, sich im Bereich Außenhandel und im Dienstleistungssektor zu engagieren. Bisher falle China jedoch hinter die Verpflichtungen zurück, die innerhalb der ersten drei Jahre eine schrittweise Liberalisierung vorsehen. Die völlige Öffnung dieser Bereiche bis Ende des Jahres 2004 müsse dem Bericht nach unbedingt erfolgen. (<http://www.ustr.gov/regions/china-hk-mongolia-taiwan/2003-12-18-china.pdf>)

Der zweite Bericht über Chinas Einhaltung der WTO-Aufnahmeverpflichtungen kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die bilateralen Beziehungen durch die Veröffentlichung neuer Handelsdaten belastet sind. So lag nach chinesischen Angaben das bilaterale Handelsvolumen bei 126 Mrd. US\$, und China wurde der drittgrößte Handelspartner für die USA. Importen in Höhe von 34 Mrd. US\$ standen Exporte in die USA von 92 Mrd. US\$ gegenüber. (*People's Daily*, 9.2.04; <http://english.peopledaily.com.cn>)

Aus Sicht der USA lag das Defizit im Handel mit China bis November 2003 bereits bei 114 Mrd. US\$. (SCMP, 15.1.04) Statistiken des US Census Bureau zufolge erhöhten sich die Exporte Chinas vor allem seit Ende der 90er Jahre sprunghaft. (AWSJ, 30.1.04) (Siehe Abbildung). -schü-



Quelle: ASWJ, 30.1.04.

Binnenwirtschaft

24 Ländliche Einkommen und Getreideproduktion sollen im Jahr 2004 stärker steigen

Auf der Nationalen Konferenz zur Entwicklung der Landwirtschaft hatte Landwirtschaftsminister Du Qinglin angekündigt, die Erhöhung der bäuerlichen Einkommen in den Mittelpunkt der Agrarpolitik des Jahres 2004 zu stellen. Obwohl diese Zielvorgabe auch zu den Politikrichtlinien der vergangenen Jahre gezählt hat, blieb der Einkommensanstieg der ländlichen Bevölkerung im Jahre 2003 noch hinter dem des Jahres 2002 zurück.

Die Einkommen der ländlichen Bevölkerung erhöhten sich lediglich um 4,3% gegenüber 2002 und lagen bei einem Niveau von 2.622 Yuan (316 US\$). Gegenüber der städtischen Bevölkerung lag der Anstieg der Einkommen deutlich niedriger, da diese einen Einkommenszuwachs von 9,3% realisieren konnten. Die Zunahme der Einkommen der Bauern im Jahre 2003 blieb auch hinter der Einkommenssteigerung von 4,8% im Jahre 2002 zurück.

Als Gründe für den relativ geringen Zuwachs der bäuerlichen Einkommen gelten Naturkatastrophen wie Trockenheit und Überschwemmungen, die zu einem Rückgang der Getreideproduktion geführt hatten. Vom Chefökonom des Staatlichen Statistikamtes, Yao Jingyuan, wird auch der Ausbruch der SARS-Epidemie als Ursache für den geringen Einkommensanstieg hervorgehoben.

Um eine Verbesserung der ländlichen Einkommenssituation zu erreichen, nannte der Landwirtschaftsminister folgende vier Maßnahmen:

- 1) Umfassende Erschließung der Potenziale des Agrarsektors, um die Einkommen der Bauern zu erhöhen, darunter die aktive Förderung neuer Wachstumsbereiche in der Vieh- und Fischzucht.
- 2) Erschließung von Einkommensmöglichkeiten außerhalb des Agrarsektors; Entwicklung des

sekundären und tertiären Sektors in den ländlichen Gebieten; Entwicklung von Kleinstädten und dort angesiedelten Unternehmen; Belegung des nichtöffentlichen Sektors in den ländlichen Gebieten; Entwicklung arbeitsintensiver Industrien; Schaffung neuer Einkommenskanäle für die Bauern.

- 3) Intensivierung von Ausbildung und Dienstleistungen für ländliche Wanderarbeiter und Verbesserung ihrer Einkommen aus der Beschäftigung in den Städten.

Der Agrarminister kündigte an, dass zukünftig stärker mit anderen Ministerien zusammengearbeitet werden soll, um die verschiedenen Diskriminierungen gegenüber ländlichen Wanderarbeitern in den Städten aufzuheben. Es müsse sichergestellt werden, dass diese pünktlich ihren Lohn bekämen und dass ihre legitimen Rechte geschützt würden. Das Ministerium werde außerdem in bestimmten Regionen versuchsweise eine Vereinheitlichung des ländlichen und städtischen Arbeitsmarktes durchführen, in dem für alle dieselben Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Weiterhin werde zusammen mit verschiedenen Ministerien das vom Staatsrat beschlossene „2003-2010 National Programme for Training Migrant Workers“ umgesetzt. Dieses sieht eine Intensivierung von Ausbildungsaktivitäten in bestimmten Regionen und Bereichen vor. Vom Agrarministerium werden in diesem Zusammenhang Berufs- und Fortbildungsangebote für 2,5 Mio. ländliche Wanderarbeiter gemacht, u.a. für die Bereiche Gastronomie, Hotelwesen, Bausektor, Industrie und andere Dienstleistungsbereiche.

- 4) Umsetzung der Politik der Zentralregierung zur Verbesserung der Einkommenssituation der Bauern. Diese betrifft die Politik der Nutzung von Agrarböden, die Reform der Umwandlung von Gebühren in Steuern und die Neuordnung des Getreideabsatzes. Die Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind Nutzungsverträge für Agrarland, Abschaffung von Steuern auf bestimmte Agrarprodukte, Senkung der Agrarsteuern, Angebot von direkten Subventionen etc.

Um das wichtigste Ziel der Agrarpolitik des Jahres 2004 zu erreichen, sollen dem Agrarminister zufolge zunächst die Kapazitäten in der Getreideproduktion ausreichend verbessert und die strategische Restrukturierung der Agrarwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft insgesamt in den Mittelpunkt der Bemühungen gestellt werden. Unmittelbare Ziele seien die Sicherung eines Getreideoutputs von 455 Mio. t, die Umsiedlung von rd. 100 Mio. ländlicher Bewohner und die Steigerung der ländlichen Einkommen um 5%.

Als Erfolge des Jahres 2003 nannte Du Qinglin die Erhöhung der Gemüseproduktion, des Outputs von Fleisch und Fisch sowie von Eiern und Milchprodukten. Auch werde eine Erhöhung der Produktion in den ländlichen (nichtlandwirtschaftlichen) Unternehmen um rd. 13% erwartet. Für die ersten elf Monate des Jahres 2003 wird außerdem mit einer Zunahme des Außenhandels mit Agrarprodukten um 30,3% auf 35,49 Mrd. US\$ gerechnet. Die Zahl der ländlichen Wanderarbeiter, die in den Städten arbeiten, wird mit 98,2 Mio. Menschen angegeben. Neueren Statistiken zufolge sollen landesweit 52,6% der Beschäftigten in Gastronomie und Einzelhandel Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten sein; 68,2% aller Beschäftigten im Industriesektor (hier wird vermutlich der ländliche und städtische Industriesektor zusammengenommen) und 79,8% der Bauarbeiter kommen aus den ländlichen Gebieten.

Um sicherzustellen, dass die Getreideproduktion auch in dem erwünschten Umfang erreicht werden kann, legte das Agrarministerium außerdem fest, dass die Anbaufläche für Getreidepflanzen mindestens 100 Mio. Hektar betragen soll. Darin spiegelt sich die erneute Betonung des Ziels der Nahrungsmittelsicherheit wider. Aufgrund der geringen Gewinne im Getreideanbau war der Output nach einer Rekordernte von 512 Mio. t im Jahre 1998 in den folgenden Jahren schrittweise zurückgegangen. Die abrupten Preissteigerungen für Getreideprodukte im Herbst 2003 haben dazu geführt, dass die Zentralregierung der Frage der Getreideversorgung- und Nahrungsmittelsicherheit wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Neben der Festlegung

der für den Getreideanbau bestimmten Anbaufläche soll der angestrebte Getreideoutput auch durch höhere Investitionen in die Bodenfruchtbarkeit erreicht werden.

Nach Einschätzung von Ma Xiaohe von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission besteht keine Getreideknappheit, da das Volumen der derzeitigen Getreidereserven sowie die Getreideernte des Jahres 2003 die Nachfrage bei weitem übersteige. Mit einem Output von 435 Mio. t war die Getreideernte des Jahres 2003 die niedrigste seit 1992. Die derzeitige Nachfrage liegt bei 490 Mio. t im Jahr. (BBC EF, 23.12.03, 7.1.04; XNA, 12.1., 19.1., 26.1.04) -schü-

25 China Southern Securities der Kontrolle von CSRC unterstellt

Die China Securities Regulatory Commission (CSRC), Chinas Wertpapieraufsichtsbehörde, hat am 2.1.2004 die Kontrolle über die Geschäfte der Wertpapiergesellschaft China Southern Securities mit Sitz in Shenzhen übernommen. Als Gründe für die Unterstellung dieser fünftgrößten Wertpapiergesellschaft landesweit unter die Kontrolle der CSRC und der Lokalregierung von Shenzhen werden „illegale und irreguläre Geschäfte und Fehlverhalten des Managements“ angegeben. Dieser Schritt wurde auch begründet mit dem „Schutz der Rechte der Investoren und Kreditgeber“. Die Wertpapiergesellschaft kann weiter Geschäfte durchführen, obwohl das gesamte obere Management und der Vorstand suspendiert wurden.

China Southern Securities soll angeblich Verluste von 12 Mrd. Yuan (1,5 Mrd. US\$) gemacht haben, seine Außenstände überstiegen bei weitem das Vermögen. Die Wertpapiergesellschaft hat alle Schuldenzahlungen zunächst auszusetzen. Über die genaue Höhe der Schulden liegen bisher noch keine offiziellen Angaben vor.

Nach Angaben der China Association of Securities soll die Wertpapiergesellschaft, die im Jahre 1992 gegründet worden war, im Jahre 2001 nur noch über ein Nettovermögen von rd. 1 Mrd. Yuan verfügt haben, deutlich

weniger als noch im Jahr zuvor mit 3,8 Mrd. Yuan.

Die nun anstehende Untersuchung der Geschäftspraxis und Buchführung wird auch die schwierige Situation der Wertpapierbranche insgesamt offen legen, die seit Mitte des Jahres 2001 mit einem Rückgang der Aktienpreise um 32% kämpfen musste. Offiziellen Statistiken zufolge sollen 98 der 131 Wertpapiergesellschaften in den ersten neun Monaten des Jahres 2003 Verluste von 4,1 Mrd. Yuan (495 Mio. US\$) gemacht haben.

Nach Einschätzung des ehemaligen Präsidenten der Wertpapiergesellschaft Southern Securities stellt sich die Situation des Unternehmens nicht viel schlechter dar als die anderer Wertpapiergesellschaften, die sich ebenfalls am Rande des Konkurses befinden. Zu den Problemen von Southern Securities zähle, das die staatseigenen Unternehmen zu viel außerhalb ihres Kerngeschäftes, insbesondere in Immobilien, investiert hätten. Außerdem habe die Wertpapiergesellschaft Investitionen der Kunden für den Kauf von Immobilien in Städten wie Shenzhen, Shanghai, Guangzhou und Shenyang benutzt, ein Vorgehen, das nach dem Wertpapiergesetz illegal sei. Als weitere ebenfalls illegale Praxis wurde die Zusage von garantierten Gewinnen genannt.

China Southern Securities ist nicht die erste Wertpapiergesellschaft, die der Kontrolle der Behörden unterstellt werden musste. Ähnlich lag der Fall bei Wanguo Securities im Jahre 1995, die in einen Skandal um Termingeschäfte mit Staatsanleihen verwickelt war. Im Jahre 1998 wurde die Ju'nán Securities wieder von der Lokalregierung in Shenzhen verstaatlicht, nach einer stümperhaften Privatisierung durch die Manager des Unternehmens. Diese Unternehmen wurden später mit anderen Wertpapierfirmen fusioniert zu Shenyin Wanguo Securities und Guotai Ju'nán Securities. Analysten gehen davon aus, dass China Southern Securities nicht gezwungen sein wird, Konkurs anzumelden. Der Schock für die Investoren wäre zu groß und würde die Stimmung am Wertpapiermarkt dämpfen. (IHT, 5.1.04; FT, 5.1., 6.1.04; AWSJ, 4.1.04)

Die Performance der Aktienmärkte im letzten Jahr ist im Morgan Stanley Capital International China Index zusammengefasst, der einen Zuwachs um 81% aufweist. In Hongkong gehandelte chinesische Aktien stiegen sogar um 152%. Eine Reihe von Börsenanalysten melden bereits Bedenken an, dass es sich um eine Spekulationsblase handelt, die nicht Bestand hat. Wertpapieranalyst Qu Hongbin von der HSBC in Hongkong kommentierte diese Entwicklung mit: „My fear is that the reality of China won't meet investor's expectations.“ (AWSJ, 27.1.04) Auf der Liste der Aktien, die die höchsten Zuwächse im Jahr 2003 aufweisen, stehen die drei börsennotierten Internetportale Sina Corp., Sohu Corp. und Netease Inc. mit Zuwächsen zwischen 220-420%. Unter den Industrieunternehmen steht der Bierbrauer Tsingtao Brewery Co. an erster Stelle. Trotz einer boomenden Nachfrage nach Pkw sind die Aktien der Pkw-Unternehmen nicht in demselben Maße gestiegen.

Neuemissionen (Initial Public Offering oder IPO) kamen auf einen Wert von rd. 7 Mrd. US\$ im letzten Jahr. Die Hälfte dieser Summe kam durch die Emission von China Life Insurance Co. mit 3,5 Mrd. US\$ zustande. Im letzten Monat lag die Aktie in Hongkong und New York um 60% über ihrem Ausgabepreis. Neue große Unternehmen stehen auf der Warteliste für eine Börsennotierung, darunter die China Construction Bank, eine der vier großen staatseigenen Banken. Hierfür ist ein IPO mit einem Volumen von 5 Mrd. US\$ vorgesehen. Weiterhin will China Netcom, eine Festnetz-Telefongesellschaft, mit einem IPO von 2 Mrd. US\$ an die Börse gehen. Auch Chinas führender Ship-Hersteller, Semiconductor Manufacturing International Corp., wird sich um ein IPO von rd. 1 Mrd. US\$ bemühen. Nach Prognosen von Merrill Lynch könnte sich das gesamte Volumen der IPO in diesem Jahr auf rd. 15 Mrd. US\$ belaufen. (AWSJ, 27.1.04) -schü-

26 Hightech-Industrien auf dem Vormarsch

Auf einer nationalen Konferenz über den Einsatz der Wissenschaft zur Förderung des Handels Anfang Januar

2004 betonte die stellvertretende Ministerin Wu Yi die zentrale Rolle der Wissenschaft für die Wirtschaftsentwicklung und insbesondere für den Handel. Wichtig sei eine Kombination von Technologieimporten mit der Verbesserung der eigenen Innovationsfähigkeiten einerseits sowie die Förderung des Exports von Hightech-Produkten mit der Verbesserung des technischen Niveaus und der Wertschöpfung traditioneller Industrien andererseits.

Wu Yi zufolge hat die vor fünf Jahren implementierte Strategie der Förderung des Handels mit Hilfe der Wissenschaft bereits gute Erfolge gezeigt. Hierzu zählte sie das schnelle Wachstum einiger Hightech-Industrien, -Unternehmen und -Produkte. Weiterhin habe sich das Tempo der Hightech-Importe schnell erhöht. In den letzten fünf Jahren habe China Importe aus dem Ausland mit einem Wert von 75,2 Mrd. US\$ eingeführt, dies waren 42% der gesamten Technologieimporte im Reformzeitraum. Der Export von Hightech-Produkten lag im Jahr 2003 bei 110 Mrd. US\$, eine Steigerung um das Fünffache in den letzten fünf Jahren. Der prozentuale Anteil der Hightech-Exporte nahm von 11% im Jahre 1998 auf 25% im Jahre 2003 zu.

Die Strategie der Förderung des Handels durch den Einsatz der Wissenschaft hat nach Aussagen von Wu Yi zum schnellen Exportwachstum beigetragen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte erhöht. (BBC PF, 24.1.04)

Statistiken der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission zufolge ist China inzwischen zum größten Produzenten von Mobilfunkgeräten mit einem globalen Marktanteil von 5%, bei Farbfernsehern von 40% und bei Monitoren von 55%, aufgestiegen. Der gesamte Umsatz von Hightech-Produkten nahm um 30% zu und lag bei 331 Mrd. US\$. Damit wurde der im Hightech-Entwicklungsplan (2001-05) vorgegebene Indikator schon zwei Jahre früher erreicht. (*People's Daily*, 5.2.04, in: <http://english.peopledaily.com.cn>)

Der chinesischen Version einer Hightech-Erfolgsstory wird in einem Kommentar von Arthur Kroeber, Geschäftsführender Direktor des Hongkonger *China Economic Quarterly*,

widersprochen. Kroeber kritisiert die Vorstellung, dass China ein „super-efficient, low-cost manufacturing power and a global leader in cutting-edge technology“ sei. Vielmehr würde China derzeit lediglich ein kostengünstiger Produktionsstandort für ausländische Unternehmen sein. Diese Funktion werde auch an Bedeutung weiter zunehmen, da die ausländischen Unternehmen weiterhin Produktionskapazitäten nach China auslagerten, um in den Genuss der niedrigen Kosten und des wachsenden Konsumentenmarktes zu kommen. Die eigene chinesische Industrie dagegen verfüge erst über ein sehr niedriges Technologieniveau und träume lediglich von Hightech-Produkten: „But indigenous Chinese industry is lying on a low-technology bed and dreaming high-tech dreams“. Erst in vielen Jahren könnte damit gerechnet werden, dass diese Träume wahr werden.

Kroeber weist in seinem Kommentar darauf hin, dass von den Hightech-Produkten tatsächlich nur wenige hightech bzw. chinesischen Ursprungs seien. Vom gesamten Exportvolumen von Hightech-Produkten entfallen nur 20% auf diese Kategorie. Untersuchungen zeigten, dass diese Exporte Komponenten oder Produkte der Haushaltselektronik mit niedrigen Gewinnchancen seien, wie z.B. Laserdrucker oder DVD-Spieler. Rd. 85% der Exportprodukte stammten außerdem aus Unternehmen mit ausländischem Kapital; 61% der Produkte würden von Unternehmen in vollständigem Eigentum ausländischer Unternehmen hergestellt. Die lokale Wertschöpfung an den Hightech-Produkten belaufe sich auf lediglich 16%. (FT, 2.1.04) -schü-

SVR Hongkong

27 US-State Department für mehr Demokratie in Hongkong

Wenn die chinesische Führung auch nach den hochrangigen Treffen im letzten Jahr immer häufiger den guten Stand der bilateralen Beziehungen zu den USA hervorhebt („Ambassador

notes continued improvement in Sino-US ties“, XNA, 16.1.04), so bedeutet dies nicht, dass es keine Probleme gibt. Zwar hofft man in Beijing, dass die USA zu weiteren kritischen Aussagen gegen die Referendumspläne von Taiwans Präsident Chen zu bewegen sind, aber die Handelsprobleme sind bei weitem nicht beigelegt, den militärischen Aufrüstungsplänen der USA widerspricht China vehement („Streit USA-China lähmt Abrüstungskonferenz“, HB, 20.1.04) und auch im Hinblick auf Hongkong hat sich ein Streit entwickelt, der allerdings keine Überraschung ist, da die Standpunkte beider Seiten seit langem bekannt sind und auch des Öfteren geäußert wurden.

Den Unmut Beijings erregten diesmal Aussagen des Sprechers des US-State Departments sowie die des Senators Brownback. Der Sprecher Richard Boucher hatte am 3. Januar die starke Unterstützung der USA für die Demokratie in Hongkong zum Ausdruck gebracht und eine Wahlrechtsreform befürwortet. Die USA wollten sicherstellen, dass die Bevölkerung Hongkong „get their choice to design their system that's appropriate for them“ (WSJ, 10.1.04). US-Senator Brownback aus Kansas machte seine Aussagen am 9. Januar in Hongkong und bezeichnete dessen „Miniverfassung“, das Basic Law, als Hindernis auf dem Weg zur Freiheit: „The people of Hong Kong deserve to live in a true democracy where they elect their own leaders“ (WSJ, 9.1.04).

Auf die Äußerungen Brownbacks reagierten zunächst weder Beijing noch die Hongkonger Regierung. Anders war die Reaktion auf die Aussagen Bouchers. Schon unmittelbar darauf am 4. Januar nahm der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Kong Quan auf Fragen von Journalisten Stellung und wies Bouchers Worte als Einmischung in die internen Angelegenheiten zurück (XNA, 4.1.04, nach BBC PF, 6.1.04). In einer gewissen Eskalation des „verbalen Krieges“ wiederholte er diese Zurückweisung am 10. Januar, nachdem Boucher sich noch einmal zu seinem Plädoyer für demokratische Reformen bekannt hatte: „I regard them (his comments - gs) as entirely appropriate“ (ST, 12.1.04; WSJ, 12.1.04). Und am Tag darauf wandte sich Kong sogar noch einmal

gegen die Einmischungsversuche, wobei er diesmal auch auf Brownback einging. Die Hongkonger Justizministerin Elsie Leung betonte etwas zurückhaltender, dass die Revision des Basic Law allein die Sache Hongkongs sei und der Disput Beijings mit den USA nicht die kommenden Gespräche mit der chinesischen Regierung über die weitere Entwicklung Hongkongs beeinflussen würde (SCMP, 12.1.04; NZZ, 13.1.04). -gs-

28 Regierungserklärung Tung Chee-hwas geprägt von Debatte um Verfassungsänderungen und Großdemonstration am Neujahrstag

In politisch angespannter Atmosphäre gab Tung Chee-hwa am 7. Januar vor der Legislativversammlung seine jährliche Regierungserklärung (*shizheng baogao* bzw. *policy address*) ab. Eine Woche zuvor, am Neujahrstag, waren 100.000 Hongkonger auf die Straße gegangen, um für eine umfassende Reform des Wahlrechts zu demonstrieren. Dabei handelte es sich um die größte Protestkundgebung seit der Massendemonstration am 1. Juli letzten Jahres gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung der Administration Tung, an der eine halbe Million Menschen teilgenommen hatten. Die Neujahrs-Demonstranten forderten allgemeine Direktwahlen des Regierungschefs sowie aller Abgeordneter der Legislativversammlung.

Nach dem Hongkonger Grundgesetz (*Basic Law*) sind Direktwahlen ab 2007 möglich, allerdings bedarf es dafür Gesetzesänderungen und Konsultationen. Nachdem die Administration Tung im Dezember verkündet hatte, die Bekanntgabe eines Zeitplans für öffentliche Konsultationen über Verfassungsänderungen von Ende Dezember auf Anfang Januar zu verschieben, war die Regierungsrede mit Spannung erwartet worden. Die Hoffnungen des prodemokratischen Lagers wurden jedoch enttäuscht. Zwar stellte Tung die Bemühungen der Regierung um größere Nähe zur Bevölkerung zusammen mit dem Aufzeigen wirtschaftlicher Entwicklungstrends und Konsolidierungstrends und relevanter Regierungsmaßnahmen in seiner Erklärung mit dem Titel „Seizing